

ihem Gebiet, sein jedem revolutionären Tun abholdest Temperament und die geringe Führung, die er mit den Massen hatte, erdverleie ihm ungewein, sich theoretisch und praktisch von den Reformisten zu unterscheiden. Wie oft hat ihm Turati mit seiner Ironie gesagt, daß ihm dieser oder jener Vorkämpfer Ferris zu reformistisch wäre! So blieb die revolutionäre Aktion in der Partei schwach und schwankend, was wohl nicht die letzte Ursache des Erstarkens des Syndikalismus war. Schon vor dem letzten Parteitag (1906) übte Ferris, daß sein Prestige im Schwanken war und daß er — dem das Vertrauen der Revolutionäre fehlte — nicht mehr eine neue Formel zu finden wußte, um die er die Gegner des Reformismus scharen konnte. Und da inzwischen, als eine ursprünglich proletarische Tendenz, der Integralismus entstanden war, der in seinem Programm allenthalben Anleihen machte, eine Ablehnung der reformistischen wie der syndikalistischen Richtung, stellte sich Ferris mit geschäfter Werbung an die Spitze der Integralisten und sagte, daß sie das verkäten, was er seit Jahren vertreten hätte.

Bekannt ist, wie denn die zu vielen Klöche den Preis verdrängen und wie das integralistische Programm so verändert wurde, daß auch die Reformisten dafür stimmten. Anstatt das Fazit aus diesem Vorgang zu ziehen und sich nicht auf künstliche Grenzen nach rechts zu versteifen, verhielt Ferris weiter, sich von den Reformisten absondern. Das geschah, indem er in dem ganz und gar reformistisch redigierten Avanti von Zeit zu Zeit einen Vorkämpfer mit Verherrlichung der Gewalt erscheinen ließ, was dann zu Situationen führte, wie die, die auf den Mailänder Generalstreik folgte. Schließlich wurde er der wenig würdigen Equilibristen-Spiele müde, legte sein Amt nieder und prophezeite ein sozialistisch-radikales Ministerium, das zu unterliegen er den Reformisten überlassen will. Und mit dieser Abschiedsprophezei zieht sich Ferris bis auf weiteres vom politischen Leben zurück.

Was bleibt nun dem Parteivorstand zu tun? Die vorkämpferische Vorherrschung des Bündnisses der Volksparteien für die nächsten Wahlen und des sozialistisch-radikalen Ministeriums haben lediglich den Wert ein psychologisches Dokument und können natürlich in keiner Weise den Parteivorstand beeinflussen. Wen soll man aber an Ferris' Stelle setzen? Einen Reformisten nicht, denn die offizielle Mehrheit der Partei ist integralistisch. Also einen Integralisten. Aber wie unterscheidet sich der von den Reformisten? Setzt man Morgari, der schon Sekretär des Parteivorstandes und der Parlamentsfraktion ist, zum Chefredakteur des Avanti machen. Somit bliebe der Avanti offiziell in integralistischen Händen, tatsächlich ist Morgari sehr viel weniger reformistisch als Ferris. Das Zentralorgan kann bei dem Wechsel nur gewinnen.

Aber es wird viel Zeit nötig sein, um die Konfusion zu beseitigen, die in der Partei herrscht und um dem Proletariat die Ueberzeugung wiederzugeben, daß die Worte revolutionär und intransigent mehr sind, als ein Zeichen, das man nach Laune oder Vorteil ansetzt oder wegwirft. Niemand hat in Italien den Revolutionarismus mehr in Mißkredit gebracht, als Enrico Ferris, niemand hat indirekt das Vorkämpferthum der Syndikalisten mehr gefördert, als er.

Reichstag.

91. Sitzung. Freitag, 31. Januar, nachmittags 1 Uhr.
Im Bundesratssaal: v. Tirpitz.
Die zweite Beratung des Marineetat's wird fortgesetzt.
Abg. Spethmann (freis. Vp.) bringt Klagen der Angehörigen und Beamten der Torpedowerkstatt Friedrichsdorf zur Sprache.
Abg. Nishorn (freis. Vp.) fürchtet, daß Helgoland weggeschwemmt wird.
Staatssekretär v. Tirpitz teilt diese Befürchtung nicht.
Abg. Dr. Baasche (nat.-lib.) gibt den Schwimmbock den Vorschlag vor den Trossendock.
Staatssekretär v. Tirpitz steht mit völliger Unparteilichkeit beiden Seiten von Docks gegenüber.
Von den zum Bau fiskalischer Mietwohnungen für Wirtschaftsbauer Offiziere geforderten 300 000 Mark hat die Kommission 200 000 Mark gestrichen.
Abg. Dr. Semler (nat.-lib.) bittet um Wiederherstellung der Reparaturvorlage.
Abg. Grabner (Zentr.) ist in der Kommission für Streikung gewesen, hat sich aber inzwischen überzeugen lassen. Redner fordert die Marineverwaltung auf, die mit ihr in Verbindung stehenden Kommunen zur Einführung der Vergütungsschener anzuregen.

Neugierigen mit ihren Köben gingen an ihr vorbei, immerseidende Weiber, die in die Fabrik wanderten. Arbeitsleute spitzten sich mit ihrem Gerüche. Dienstmädchen kuschelten über die Straße, um Einkäufe zu besorgen. Ihr alles höfliches Lächeln verzauberte Faunus' Mund, als sie die sah, ihre dürftigen Gewänder, die blauen, verblasenen Gesichtszüge. Nein! nach solchem Lote lächelte es sie nicht; diesem Glücke nach war sie nicht in die Großstadt gezogen.
Ein empfindlicher Stoß stürzte sie aus ihren Träumereien auf der Schwere der Straße war gefüllt mit Menschen, auf der Fahrbahn jagte Wagen nach Wagen. Die Verschleife der Verkaufsstände öffneten sich mit betäubendem Lärm, ihre Türen taten sich auf. Aus laufend Schloten strömte sich feiner Rauch aufwärts, ihre des ungewohnte Lust beengend. Die Weltstadt war erwacht, und ihr tobendes Leben befiel sie schier beläudend.

Dann trat sie in ein Kaffeehaus, es war keines von den glänzendsten, aber die Pracht ihrer Spiegelscheiben blendete sie doch. Mit einem Gefühle von unendlich vollkommener Müdigkeit verankte sie in den roten Samt einer Bank in einer der tiefen Fensternischen, denn vom Klack der Straße wollte sie sich nicht trennen. Es tat ihr unglücklich wohl, sich bedienen zu lassen. Des Kellners höfliche Aufmerksamkeit entzückte sie, sein Frack erschien ihr von ausblühender Eleganz. Gelegentlich klopfte ein früher Gast zu ihr hinüber; sie zog sich hinter ihre Zeitung zurück. Wenn sie müde von dem ewig wechselnden Bildern der Straße war, verhielt sie darin zu lesen. Aber die hohe Politik und das Feuilleton waren ihr unverständlich, und sie wußte noch nicht, wie dem Menschen gerade das Unbegreiflichste am wichtigsten sein soll. So zog sie es denn vor, ihr ruhebedürftig Auge den weiten Raum des Kaffeehauses durchzuströmen zu lassen. Das Mädchen in der Nebenstube fiel ihr auf. Wie dieses dasah, die kleinen Zuckerschälchen zierlich und symmetrisch ordnete oder ab und zu einiges in ein großes Buch eintrug, oder, ein angenehmes

Abg. Dr. Sabetum (Soz.) schließt sich der letzten Anregung Ergraber an.

Die 300 000 Mark und der Rest des Etats werden bewilligt.
Abg. Grüber (Zentr.) begründet die gestern mitgeteilte Resolution der Budgetkommission betreffend die Vergütung von Arbeiten der Marineverwaltung an Firmen, welche nicht hinter den Bestimmungen der Tarifverträge zurückbleiben, und betr. die Mitwirkung der Arbeiterausschüsse bei der Regelung der Arbeitsbedingungen in den Reichsmarinebetrieben. Redner weist auf England hin und erklärt, gegen den Zusatzantrag Abrecht, welcher außer der Mitwirkung der Arbeiterausschüsse auch die der Arbeiterorganisationen verlangt, keine Einwände zu erheben.
Abg. v. Nishorn (nat.-lib.) ist gegen die Resolution.

Abg. Ledebour (Soz.): Tarifverträge werden von allen Arbeiterorganisationen Deutschlands gefordert. Die Existenz von Arbeiterorganisationen ist die Voraussetzung der Tarifverträge; denn nur eine starke Organisation ermöglicht es den Arbeitern, auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit den Unternehmern zu verhandeln. Selbstredend stimmen wir dem Verlangen nach Mitwirkung der Arbeiterausschüsse, wie die Resolution sie fordert, durchaus zu. Daß die Arbeiterausschüsse dringend einer Stärkung bedürfen, hat gestern mein Parteigenosse Regien dargelegt. Außerst töricht ist der Einwand, daß unsere Förderung der Mitwirkung der Arbeiterorganisationen darauf hinauslaufe, das Koalitionsrecht in Koalitionszwang zu verwandeln. Selbstredend bezieht sich unser Antrag auf alle Gewerkschaftsorganisationen, auf die Hirsch-Dunderschen und die christlichen Gewerkschaften nicht minder, als auf die freien Gewerkschaften. Es sollten daher alle Parteien, die Interesse an den verschiedenen Gewerkschaften nehmen, also Sozialdemokratie, Zentrum, Wirtschaftliche Vereinigung und Freisinn, hier zusammen wirken. Aber ein freisinniger Abgeordneter hat in der Kommission sich gegen unsern Antrag ausgesprochen, weil der Marineverwaltung nicht zugemutet werden könne, mit sozialdemokratischen Arbeitern zu verhandeln. Nun sind gewiß zu unsrer Freude die Arbeiter in den Marinebetrieben überwiegend Sozialdemokraten. Das sollte aber doch für freisinnige kein Grund sein, diesen sozialdemokratischen Arbeitern die Ausübung ihres Koalitionsrechts verweigern zu wollen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Konsequenz jener freisinnigen Aeußerung würde sein, daß die Marineverwaltung überhaupt keine Sozialdemokraten anstellen dürfte. Ich möchte aber sehen, wie sie dann ihren Betrieb aufrecht erhalten könnte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Staatssekretär hat gestern auf die Vorbildlichkeit des englischen Schiffbauwerks hingewiesen. In England ist aber das Prinzip, das in unserm Antrag zum Ausdruck gelangt, schon seit den neunziger Jahren durchgeführt. Als angemessen werden von der englischen Marineverwaltung die Löhne betrachtet, die von den Trade Unions als angemessen anerkannt werden. (Hört, hört! bei den Soz.) In England hat man seitens der Marineverwaltung die Gewerkschaften anerkannt. Dies Vorgehen der englischen Marineverwaltung hat die Tarifverträge bedeutend gefördert und ausgedehnt. Die deutsche Marineverwaltung möge diesem Beispiel folgen; sie kann es um so leichter, als die großen, leistungsfähigen Schiffbauwerken, mit denen sie in Verbindung steht, durchaus instand sind, die Tariflöhne zu zahlen. Durch Verhandeln mit den Arbeiterorganisationen kann die Marineverwaltung den Unternehmern ein gutes Beispiel geben. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Semler (nat.-lib.) erklärt sich gegen die Resolution.
Abg. Dr. Baasche (freis. Vp.) tritt für die Kommissionsresolution ein, bekämpft aber den Antrag Abrecht. Die Gewerkschaften sind sozialdemokratische Organisationen und darum das größte Hindernis für den Frieden. (Beifall bei den Freis. und auf der äußersten Rechten.) Für die Marinebetriebe kommen nur die Arbeiterausschüsse in Frage. (Lachen bei den Soz.)
Abg. Behrens (Wirtschaftl. Vp.) spricht sich für den Antrag Abrecht aus. Die Arbeiterausschüsse werden benutzt, um die Arbeiterorganisationen zu umgehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Ledebour (Soz.): Der Vorredner behandelt die Frage jedenfalls vorurteilsvoller, als Herr Baasche. Er scheint allerdings nur für seine Person, nicht für seine Parteifreunde zu sprechen. Gewiß muß der Arbeiterausschuss gehört werden; aber bei Abmahnungen allgemeiner Art ist die Verhandlung mit der Gewerkschaftsorganisation notwendig. Die Arbeiter der Marinebetriebe sind ja nicht ihr ganzes Leben mit der Marineverwaltung verheiratet, die Fluktuation unter ihnen ist sehr stark. Herr Baasche wiederholte die Ausführungen seines weiteren Fraktionsgenossen in der Kommission und stellte die Gewerkschaften als Fiktilien der Sozialdemokratie hin. (Rufe b. d. Freis.: Sind sie auch!) Das ist durchaus falsch. Beide Organisationen sind vollständig von einander getrennt, wenn sie auch vielfach aus denselben Personen bestehen. (Ja also! bei den Freis.) Mit den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften ist es doch auch nicht anders. Auch die Hirsch-Dunderschen beschäftigen sich hauptsächlich mit Politik. So haben sie sich neulich für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ausgesprochen. Natürlich nehme ich ihnen das nicht übel, und hoffe, daß Sie (zu den Freis.) Ihren Freunden nicht Anspöbel zwischen die Beine werfen. Die ganzen Ausführungen des Herrn Baasche waren nur ein Versuch, die Tatsache zu bemänteln, daß es sich um einen feindlichen Akt gegen die Arbeiterorganisationen handelt (Zustimmung bei den Soz., Widerspruch bei den Freis.), um einen Schlag ins Gesicht

Lächeln auf dem blauen, aber schönen Gesicht, ihre Beschäftigung für eine Welle unterbrach, um auf die Worte eines feingekleideten Herrn zu hören, erschien Faunus ihr Leben wohl begehrenswert. Wie einfach diese Beschäftigung war, hatte sie bald erkannt. So dasthen, ohne eine andere Aufgabe zu haben, als schön zu sein und zwischen Wettbewerbern zu wählen, das dünkte ihr ein treffliches Los.

Sie war indessen von der langen Ruhe müde und schlaftrig geworden. Sie zahlte und trat in das Freie hinaus. Ziel- und planlos ging sie durch die Straßen der Stadt; ihr prächtiges Leben gefiel ihr immer mehr, die Schätze hinter den Schaufenstern fesselten sie, bis irgend ein Stoß die Träumerei aufweckte. Dann schritt sie fürdab, des Tages denkend, da dieser Schmutz sie zieren, jenes Kleid ihre Gestalt verschöndert umgeben würde. Ueber die Ringstraße kam sie, und alle die Herrlichkeiten, die sie hier gehäuft sah, machten ihren Geist dumpf. Ihr Auge wurde trübe vom Schauen, ihre Nase, des langen Gehens und des harten Pflasters ungewohnt, brannten. Karossen fuhren an ihr vorbei und sie sah Damen, die darin breit lehnten und ihre Schönheit und einen Putz, wie sie ihn nie geträumt hatte, zur Schau trugen. Das Gefühl ihrer Armut ergriff sie und der Zugrinn ihrer Jugend stieß fühlbar in ihr auf. Aber das Bewußtsein, wie sie dieser bösen Geseßen bald für immer ledig sein werde, und schon den ersten Schritt dazu getan hätte, milderte ihn diesmal. Und so ging sie immer weiter; sie ließ die vornehmen Plätze und die prächtigen Säulenreihen hinter sich und kam in noch vollstößere, minder prunkvolle, wo junge Leute auf den Straßen mit ihrem lauten Wesen vorherrschten. Immer fragend, gelangte sie zu jenem grauen Hauje des Glends und der Verlorenen, dann zu jenem endlosen Gebäude werkstätiger Menschenliebe, zum Allgemeinen Krankenhaus. Es begann gemach zu dunkeln, als sie in eine der stilleren Straßen in der Josefstadt einbog. (Fortsetzung folgt.)

der sämtlichen Arbeiterorganisationen, auch der Hirsch-Dunderschen. (Lärm bei dem Abg. Mugdan.) Ich hoffe, daß die Mehrheit des Hauses sich auf unseren Standpunkt stellen wird. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Baasche (freis. Vp.) ruft mit der Behauptung, daß die freisinnige Erklärung gegen den Antrag Abrecht der Ausfluß einer besonderen Arbeiterfreundlichkeit sei, anhaltende ungläubige Heiterkeit bei den Sozialdemokraten hervor.

Abg. Due (Soz.): Den freien Gewerkschaften wird vorgeworfen, daß sie politische Organisationen seien. Keutlich haben die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften in ihrem Programm die volle politische Gleichberechtigung der Arbeiter, namentlich auch in bezug auf das Wahlrecht (Sehr gut! bei den Soz.) und die Beseitigung aller indirekten Steuern auf Gegenstände des Massenkonsums gefordert. (Sehr gut! bei den Soz.) So lange ich im Gewerkschaftsleben stehe, habe ich meine gewerkschaftliche Unabhängigkeit nach allen Richtungen hin zu verteidigen gewußt. Sie sehen daraus, daß der Neutralität der Gewerkschaften, deren entschiedener Anhänger ich bin, in der sozialdemokratischen Partei keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, wobei ich allerdings nicht leugnen will, daß manche andre die allerintimste Verbindung der Partei und der Gewerkschaften für das Beste halten. (Aha-Rufe bei den Freis. Zuruf des Abg. v. Sieberts: Sie sind ein weißer Habel! Heiterkeit.) So viele welche haben gibt es ja gar nicht. (Heiterkeit.) Herr Behrens, ein Herr der äußersten Rechten, hat hier ganz zutreffend ausgeführt, daß die Arbeiterausschüsse benutzt werden, um die Gewerkschaften auszuschalten. Als selbst die Norddeutsche Allgemeine Zeitung den Unternehmern die Verhandlung mit der Seinerkommission empfahl, erklärten die Unternehmer, daß sie nur mit den Arbeiterausschüssen verhandeln wollten. Vorher hatten sie die Verhandlung mit diesen direkt abgelehnt. Der Effekt dieser Schwertung war, daß die Lohnbewegung auseinandergerissen wurde und am Ende die Arbeiter gar nichts bekamen. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Arbeiterausschüsse sind einfach außerstande, Tarifverträge abzuschließen, schon weil sie nicht aus unabhängigen Leuten bestehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn also die freisinnigen wirkliche Freunde der Tarifverträge sind, so müssen sie für unsern Antrag stimmen. Der Herr Semler sprach von Preissteigerungen infolge der Tarifverträge. Hat etwa die Firma Krupp, wenn sie Lohnkürzungen vornimmt, die Preise der Marinelieferungen herabgesetzt? (Sehr gut! bei den Soz.) Gerade der freisinnige Abg. Naumann hat im Vorjahre die Rechtlosigkeit der Arbeiter in den Großbetrieben in lebhaften Farben geschildert. Wollen Sie den Arbeitern der Großbetriebe die Gleichberechtigung verschaffen, so müssen Sie für unsern Vorschlag stimmen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Mugdan (freis. Vp.): Der sozialdemokratische Antrag will alle Arbeiter unter das Joch der sozialdemokratischen Gewerkschaften zwingen. (Lebhafte Beifall bei den Freis. und Soz.) Lachen bei den Soz.) Die freien Gewerkschaften sind sozialdemokratische Organisationen. Der Antrag will die Marineverwaltung zur Verhandlung mit sozialdemokratischen Organisationen zwingen. (Lofender Beifall rechts. Lachen bei den Soz.) Zurufe: Scharfmacher! Arbeiterfreund! Dekorierter! Ich spreche immer nur im Interesse der Arbeiter. (Wraufendes Gelächter bei den Soz.) Ich bekämpfe die Sozialdemokratie, weil ich sie für die größte Arbeiterfeindin halte. (Brüllender Beifall rechts.) Habe ich je gegen die Interessen der Arbeiter gesprochen? (Zuruf bei den Soz.: Eben jetzt! Heiterkeit bei den Soz.) Ich bin von Arbeitern gewöhnt, aber was Sie gegen mich sagen, richtet sich auch gegen die Hirsch-Dunderschen und die christlichen Arbeiter. (Zuruf im Zentr.: Was gehen Sie die christlichen Arbeiter an! Zuruf bei den Soz.: Wie er die Arbeiter auseinander hehlt!) Wollen die Sozialdemokraten uns vormachen, daß sie die Verhandlung der Marineverwaltung mit den Arbeitern aller Organisationen verlangen? (Stürmische Zurufe bei den Soz.: Ganz selbstverständlich, zehmal gesagt!) Was unterscheidet denn die Delegierten der verschiedenen Arbeiterorganisationen von den Arbeiterausschüssen? (Stürmische Heiterkeit bei den Soz. und im Zentr.) Abg. v. Sieberts ruft: Mensch, sehen Sie sich bloß hin, Sie verstehen ja auch rein gar nichts! Erneute Heiterkeit und lebhaft Zustimmung bei den Soz., im Zentr. und der wirtsch. Vp. Trübende Zurufe von den Soz.) Wie stimmen gegen den sozialdemokratischen Antrag und für den der Budgetkommission. (Wraufender Beifall rechts.)

Abg. Ledebour (Soz.): Ganz ausdrücklich habe ich in meiner Begründungsrede unsern Antrags hier erklärt, daß wir selbstredend Verhandlungen der Marineverwaltung mit allen gegenwärtigen oder zukünftigen Arbeiterorganisationen wollen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wie das Mißgeschick zeigt, haben sich gemeinsame Aktionen aller Gewerkschaften vorzüglich bewährt. Herr Mugdan fragt mit naiver Unschuldsinnigkeit, wo er je gegen Arbeiterinteressen gesprochen habe. Nun, seine heutige Rede und seine fortgesetzten gefälligen Angriffe gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen illustrieren hinlänglich seine Arbeiterfeindschaft. (Lebhafte Zustimmung und sehr gut! bei den Soz.) Hoffentlich wird die Mehrheit des Hauses vorurteilsvoll genug sein, um trotz Herrn Mugdan im Interesse aller Arbeiter ohne Unterschied der Partei unsern Antrag anzunehmen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Behrens (Wirtschaftl. Vp.) tritt im Interesse der christlichen Gewerkschaften lebhaft für den Antrag Abrecht ein. In allen reinen Arbeiterfragen gehen die verschiedenen Organisationen zusammen.

Abg. Dr. Mugdan (freis. Vp.) behauptet erneut, ein Arbeiterfreund zu sein. (Anhaltende Heiterkeit bei den Soz.)

Abg. Graf Humpesch (Zentr.) beantragt namentliche Abstimmung über den Antrag Abrecht und Vornahme dieser Abstimmung zu Beginn der morgigen Sitzung. (Rufe rechts: Heute!)

Abg. Singer (Soz., zur Geschäftsordnung) macht auf die Verabredung aufmerksam, plötzlich beantragte namentliche Abstimmung erst in der folgenden Sitzung vorzunehmen. Gegen die Stimmen eines Teiles der Rechten und der Nationalliberalen wird beschloffen, die Abstimmung zu Beginn der Sonnabend-Sitzung vorzunehmen. Hierfür stimmen auch die Freisinnigen, deren Wank sehr schwach besteht sind.

Es folgt der Etat des Reichsbahnamts.
Abg. Stolte (Soz.) tadelt lebhaft die schlechten Einrichtungen vieler Bahnhöfe und die Ungleichheit mancher äußerst verkehrsreicher Strecken. Hier sollte das Reichseisenbahnamt eingreifen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch für bessere Anweisungen des Strecken- und Bahnhofspersonals sollte das Reichseisenbahnamt sorgen. Es ist hierfür ja zuständig. Die Erfüllung meiner Wünsche liegt ebenso sehr im Interesse des Reisenden, wie des Personals. Die Unterbeamten der Eisenbahn haben bei miserabler Bezahlung fortwährend den Tod vor Augen. Sie sind weit schlechter bezahlt, als die entsprechenden Chargen der Post- und Polizeibeamten. Der Unterbeamte bei der Eisenbahn verdient rund 220 Mk. weniger, als sein Kollege bei der Post. (Hört, hört!) Da sind die Gehälter solcher schlecht bezahlten Beamten nicht zu verwundern. Den Eisenbahnarbeitern wird das in der Gewerbeordnung jedem Arbeiter garantierte Koalitionsrecht direkt verweigert, und der preussische Eisenbahnminister lehnt dieses Koalitionsverbot auch auf die Werkattarbeiter aus. Nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Angehörige anderer Organisationen sind auf die Proskriptionsliste gesetzt worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Wie kommt der preussische Eisenbahnminister zu solcher geschwindigen Anordnung? Trotz der erheblichen Ueberschüsse der preussischen Eisenbahnen besteht noch eine Arbeitszeit von durchschnittlich 12 bis 18 Stunden. (Hört,